

Das Solothurner Integrationsdesaster: Der Tragödie zweiter Teil

Von Roger von Wartburg

Meine Recherche über die bis anhin missglückte Einführung der integrativen Schulung im Nachbarkanton Solothurn aus dem letzten LVB-inform (2010/2011-03) löste eine grosse Anzahl von wohlwollenden Reaktionen seitens der Leserschaft aus. Offenbar wurde der Artikel in diversen Lehrerzimmern heiss diskutiert, und dies, nicht ganz überraschend, nicht nur im Baselbiet, sondern auch im Solothurnischen. Dies war Ansporn genug für den Autor, sich darüber in Kenntnis zu setzen, was seither in dieser Angelegenheit geschehen ist.

85 Prozent der Solothurner Gemeinden starten im August mit der integrativen Schulung

In besagtem Artikel aus dem letzten LVB-inform schilderte ich, wie sich Ende Januar in der von mir als Fallbeispiel ausgewählten Stadt Olten das Stadtparlament nach ausgiebiger Debatte dazu durchrang, die stadträtliche Position zu unterstützen und am dreijährigen Schulversuch zur Konkretisierung der speziellen Förderung mitzumachen. Zur Erinnerung: Aufgrund der regierungsrätlichen Notbremse hinsichtlich der ursprünglich per August 2011 geplanten flächendeckenden Einführung der speziellen Förderung musste bis Mitte März jeder Schulträger einzeln entscheiden, ob er nun trotzdem schon im kommenden Schuljahr mit den integrativen Massnahmen beginnen wolle oder nicht. Das Resultat: 85 Prozent der Gemeinden werden es Olten

gleich tun und trotz des aufgehobenen Obligatoriums bereits diesen Sommer mit der speziellen Förderung beginnen. Ob dies als plötzlicher Vertrauensbeweis für die Planungsarbeiten des Solothurner Amtes für Volksschule und Kindergarten (AVK) zu werten ist oder doch eher damit zu tun hat, dass man die ohnehin bereits abgeschlossenen Förder- und Pensenplanungen nicht obsolet machen wollte, bleibe dahingestellt.

Man muss nur wollen

Zurück zum Fallbeispiel Olten: Anfang Mai wurde ein Starttag zur speziellen Förderung für die Kindergarten- und Primarlehrkräfte durchgeführt. Wenn man dem am folgenden Tag in der Lokalpresse erschienenen Zeitungsartikel Glauben schenken mag, vermochte bereits der Einstiegsreferent von der Pädagogischen Hochschule Bern «verunsicherte Lehrerseelen zu streicheln», indem er ihnen zurief, es sei unmöglich, allen Anforderungen gerecht zu werden. Trotzdem gelte es, dem Ungewählten, auch dem Aufgezwungenen, mit Neugierde zu begegnen und dabei ein «grundsätzliches Ja zum Leben in all seinen Schattierungen» zu verinnerlichen. Damit der Weisheiten noch nicht genug: Den Skeptikern wurde zugerufen, sie sollten stets in Lösungen statt in Problemen denken und damit den Abschied von ihrer Opferrolle vollziehen. Wie die einzelne Lehrperson zu so viel Erleuchtung gelangen könne, sei allerdings, gemäss dem Zeitungsartikel, ein Geheimnis geblieben... Es sei an dieser Stelle noch einmal klargestellt, dass es sich bei diesem Anlass nicht um einen privaten Esoterikkurs handelte, sondern um eine offizielle Veranstaltung an der Volksschule. Wie schön muss der Schulalltag sein, wenn man ihn einzig von einer Metaebene aus betrachtet!

Knochen sucht Fleisch

Nach dem Referat folgten diverse Gruppenarbeiten und Workshops zu Fallbeispielen und Betreuungsstrategien. Zu den Rennern gehörte – welche Überraschung – der Workshop mit dem Titel «Rat und Tat im Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern». Allen einführenden Wortgirlanden zum Trotz beschäftigte weiterhin vor allem ein grosses Thema eine Mehrzahl der anwesenden Pädagoginnen und Pädagogen: der Wunsch nach einer klaren Handreichung für problematische Fälle im Unterricht. In diesem Zusammenhang stellte der Oltner Gesamtschulleiter zwei neue spezielle Einrichtungen in Aussicht: einerseits die Schulinsel, wo verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler für kurze Zeit hingeschickt werden können, immer jedoch mit dem Ziel einer raschestmöglichen Wiedereingliederung in die Regelklasse; andererseits eine separative Spezialklasse, deren Realisierung jedoch «mit weit mehr Aufwand verbunden» sei.

Die Posse vom fehlenden Protokoll

An dieser Stelle schliesst sich ein Kreis, denn die Schaffung eben solcher Schulinseln hatte der Oltner Bildungsdirektor, ein dezidiertes Befürworter der integrativen Schulung, an jener Parlamentssitzung Ende Januar völlig überraschend aus dem Hut gezaubert und damit die Entscheidungsfindung mehrerer Fraktionen massgeblich zu seinen Gunsten beeinflusst. Über den damaligen Wortlaut seiner Ausführungen droht nun aber eine Kontroverse zu entstehen. Mehrere der damals Anwesenden behaupten heute nämlich, der städtische Bildungsdirektor habe versichert, die Kosten für die Einrichtung dieser Schulinseln würden vollumfänglich vom Kanton und nicht von der Stadt getragen werden. Der Bildungsdirektor seinerseits bestreitet, dies so gesagt zu haben. Und das

Protokoll der betreffenden Sitzung aus dem Januar liegt bis zum heutigen Tag (!) noch nicht vor. Ein Schelm, wer dabei Böses denkt...

Wer soll das bezahlen?

Weshalb die Aufregung? Ganz einfach deshalb, weil offenbar zum jetzigen Zeitpunkt niemand genau weiss, aus welcher Kasse diese Schulinseln denn finanziert werden sollen. Die Vertreter der Kantonsbehörden stellen sich auf den Standpunkt, die dafür nötigen Ressourcen müssten aus dem bereits bestehenden Lektionenpool für die spezielle Förderung entnommen werden; einem Lektionenpool notabene, der von verschiedener Seite auch ohne Schulinseln bereits als deutlich zu klein kritisiert wird.

Davon unberührt wurden am Oltner Starttag zur speziellen Förderung emsig zwei neue Arbeitsgruppen aus Lehrpersonen und Schulleitungsmitgliedern rekrutiert, die sich nun der Konzepterarbeitung zur Schaffung der Schulinseln und einer Time-out-Klasse für die Oberstufe annehmen. Halten wir also fest: Die integrative Schulung startet ab August mit Sicherheit. Die Schaffung der Schulinseln als eine Art flankierende Massnahme jedoch ist frühestens auf den kommenden Winter terminiert. Hinsichtlich der Einrichtung einer separativen Spe-

zialklasse spricht man vom Zeitraum 2012/13. Die Finanzierung all dessen steht nach derzeitigem Wissensstand des Autors in den Sternen.

Einmal mehr werden schulpolitische Reformen also so eingeführt, dass man die Lehrerinnen und Lehrer einfach mal machen lässt, ohne dass die dazugehörigen Rahmenbedingungen geklärt worden wären. Zumindest einige der Direktbeteiligten scheinen diese Problematik mittlerweile erfasst zu haben, so schloss eine Primarlehrkraft ihre Beobachtungen zum Starttag mit den Worten: «Klar wurde an diesem Tag zumindest, dass denjenigen, welche die spezielle Förderung umsetzen sollten, nicht viel klar ist.» Wirklich zu dumm, dass offenbar noch immer nicht alle Lehrpersonen begriffen haben, konsequent in Lösungen statt in Problemen zu denken!

Ein erhellender Ausflug in semantische Gefilde

In der Linguistik bezeichnet der Begriff «Komposition» die Bildung eines neuen Wortes durch die Verbindung mindestens zweier vorhandener Wörter, den Konstituenten. Das Ergebnis einer Komposition ist ein zusammengesetztes Wort, das «Kompositum» (Plural: Komposita) genannt wird. Ein Beispiel: Aus den Konstituenten «Bildung» und «Politik» lässt sich das

Kompositum «Bildungspolitik» formen.

Besteht zwischen den verbundenen Wörtern (Konstituenten) ein Über- und Unterordnungsverhältnis, spricht man von einem Determinativkompositum. Das meint also eine Wortzusammensetzung, bei der ein Wortteil durch das andere Wortteil bestimmt wird. Bei Determinativkomposita in germanischen Sprachen bestimmt das Erstglied (Bestimmungswort) das Zweitglied (Grundwort) näher. In unserem Beispiel schränkt also das Erstglied «Bildung» das Zweitglied «Politik» semantisch ein, das Erstglied determiniert das Zweitglied. Die syntaktischen Eigenschaften wie Wortart, Kasus, Genus und Numerus werden aber weiterhin vom Zweitglied festgelegt, in unserem Beispiel also von «Politik».

Vergleicht man diese wissenschaftlichen Ausführungen nun mit der weiter oben umschriebenen Situation hinsichtlich der Einführung der integrativen Schulung, kommt man unweigerlich zum Schluss, dass «Bildungspolitik» zwar vordergründig von «Bildung» bestimmt wird, in Wahrheit jedoch die weitaus grössere Bedeutung der «Politik» zukommt. Oder kurz gesagt: Bildungspolitik heisst wenig Bildung und viel Politik...

